

richtenmagazins „Der Spiegel“ (wir berichteten), sei ein Großteil der Spenden in den Wahlkampf von Landeshauptmann Arno Kompatscher geflossen, weshalb sich die Frage stelle, „ob diese Unternehmen aus reiner Liebe zum Edelweiß gespendet haben oder ob sie sich dadurch die Gunst des Landeshauptmannes und somit Aufträge erkaufte haben“, schreibt Sven Knoll.

Spenden im Landtagswahlkampf 2018 gefordert – diese Sitzung wird nun am Montag, 4. April stattfinden. Landtagspräsidentin Rita Mattei hat die Landtagsabgeordneten für 14.30 Uhr einberufen, um den Antrag Nr. 574/22 zu behandeln. SVP-Vizeobmann Karl Zeller kündigt indes an, dass er sich ganz aus der Politik zurückziehen werde.

Den Sonderlandtag hatte

mann ist gefordert, zu sagen, ob es überhaupt noch eine Mehrheit im Landtag gibt und ob man mit dieser Mehrheit überhaupt noch regieren kann“, meinte Knoll gestern. Kompatscher solle sagen, ob die Regierung überhaupt noch stehe und wie er seine Position sehe. „Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik steht auf der Kippe – da geht es nicht darum, ob Landeshauptmann Kompatscher

dass man über Partei-Themen bei einer Sondersitzung des Landtags redet. Das haben wir in anderen Fällen auch nicht gemacht.“ Die Austritte aus dem Team K und die Gründungen von neuen Fraktionen seien auch nicht im Landtag behandelt worden. Die Themen, welche am 4. April besprochen werden, gehören eigentlich in die Partei, betont Lanz.

„Die Bürger stöhnen unter

Freiheitlichen-Obmann Andreas Leiter Reber. „Wenn sich Landesregierung und SVP darum gekümmert hätten, dann hätten sie keine Zeit dazu gehabt, auf Abwege zu geraten oder sich zu streiten.“

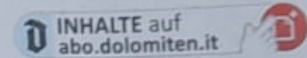
Interne SAD-Kommission der SVP: Keine Auskunft

Gestern stand eine Sitzung der SVP-internen SAD-Untersu-

ne preisgegeben.

SVP-Vizeobmann Karl Zeller erklärte gestern, dass er sich ganz aus der Politik zurückziehen werde und betonte, dass für ihn seit mehreren Monaten klar sei, dass er für das Amt des SVP-Vizeobmannes auf Landesebene nicht mehr kandidieren werde.

© Alle Rechte vorbehalten



Der Aufstand der Kleinkindbetreuerinnen

LANDTAG: 4 Abgeordnete fordern Anhörung – Deeg: Gehälter an jene der pädagogischen Mitarbeiterinnen in den Kindergärten anpassen

BOZEN (hof). Kleinkindbetreuerinnen und -betreuer sind in Corona-Zeiten besonders gefordert – jetzt sind viele am Limit ihrer Kräfte und Kündigungen die Folge. Die Vorsitzende des Landesverbandes der Sozialberufe (LVS), Marta von Wohlgemuth schlägt deshalb Alarm und 4 Landtagsabgeordnete fordern eine Anhörung im 4. Gesetzgebungsausschuss. Erklärtes Ziel von Soziallandesrätin Waltraud Deeg ist es, bei Kita-Betreuerinnen das Einstiegsgehalt von 1332 Euro netto auf 1655 Euro netto zu erhöhen – und damit eine Angleichung zu den pädagogischen Mitarbeiterinnen im Kindergarten herzustellen.

„Das Kita-Pappphaus-System bricht zusammen: So beschreiben uns die Kleinkindbetreuerinnen ihre Situation“, berichtet LVS-Geschäftsführerin Marta von Wohlgemuth. „Die Kleinkindbetreuerinnen, Tagesmütter und Tagesväter haben sich in

den beiden vergangenen Pandemie-Jahren enorm engagiert. Jetzt droht dieses Engagement zu kippen, die Kleinkindbetreuerinnen sind am Limit ihrer Kräfte und Motivation, Kündigungen und der damit verbundene Personalnotstand tragen das ihre bei. Dazu kommen die niedrige Entlohnung und fehlende Wertschätzung“, kritisiert von Wohlgemuth. Diese „unzumutbaren Zustände“ müssten beendet werden, die Thematik müsse auf die Ebene des Landtags, dort diskutiert, behandelt und entsprechend darauf reagiert werden, meint die LVS-Geschäftsführerin.

Die LVS-Vorsitzende Valentina Burger arbeitet selbst in einer Kita und gibt zu bedenken, dass die Gehälter von Kita-Betreuerinnen oft nicht mehr ausreichen, „wenn man eine Wohnung und ein Auto abzahlen muss“. Dabei habe man eine große Verantwortung, wenn man



Die Kleinkindbetreuung soll auch im Landtag zum Thema werden: Eine Anhörung wurde gefordert. dpa-tmn/Monika Skolimowska

Kinder im Alter von 3 Monaten bis zu 3 Jahren betreuen müsse. Die Anforderungen an die Kita-Mitarbeiterinnen seien gestiegen – auch aufgrund der Corona-Hygienevorschriften. Spiel-

sachen müssten ständig gewaschen und desinfiziert werden. „Immer wieder wurde uns versprochen, dass wir mehr Wertschätzung und mehr Gehalt bekommen – aber bis jetzt ist es

noch nie so richtig dazu gekommen“, bemängelt Burger.

Die 4 Landtagsabgeordneten Brigitte Foppa (Grüne), Franz Ploner (Team K), Sandro Repetto (PD) und Diego Nicolini (5-Sterne-Bewegung) setzen sich für eine Anhörung im Landtag ein. Solche Arbeitsbedingungen seien auf lange Sicht nicht akzeptabel, meint Foppa. Es handle sich um „moderne Ausbeutung“. Es komme vor, dass Kleinkindbetreuerinnen neben ihrer Arbeit mit den Kindern auch noch abspülen und „die Örtlichkeiten reinigen müssen“. Hoch motivierte Frauen würden solche Arbeiten verrichten und dabei ausgebeutet – „das ist nicht rühmlich für unsere Gesellschaft“, meint die Grüne. Bei den Löhnen hinke man hinterher. „Bereits die Ausschreibungen für die Führung der Kitas werden sehr niedrig gehalten“, bemängelt Foppa. „Die Gemeinden schreiben aus und die Ge-

nossenschaften übernehmen den Kita-Dienst.“ Es brauche Zusatzverträge für diese Berufsgruppe, fordert Foppa. Bei Ausschreibungen müsse festgelegt werden, dass diese nicht unter ein Minimum gesenkt werden dürfen.

Landesrätin Deeg weist darauf hin, dass die pädagogischen Mitarbeiterinnen in den Kindergärten und die Kleinkindbetreuerinnen eine ähnliche Ausbildung haben – aber die Arbeitsbedingungen seien dann völlig unterschiedlich. In den Kindergärten würden die pädagogischen Mitarbeiterinnen nicht nur mehr verdienen, sondern hätten auch die Möglichkeit einer längeren Elternzeit. Die Kita-Mitarbeiterinnen sollten deshalb zumindest gleich viel wie die pädagogischen Mitarbeiterinnen bezahlt bekommen. „Sonst haben wir echt ein Problem“, meint Deeg.

© Alle Rechte vorbehalten